Fakten, Fragen und Antworten zur Haushaltslage in Bochum

(update 27.11.2026 zur Haushaltseinigung)

Ein Reader für alle kommunalpolitisch Interessierten

Inhaltsverzeichnis

A. Grundlagen 4
1. Wie ist die Lage? 4
2. Warum geht es gerade jetzt so steil bergab? 5
3. Investive und konsumtive Ausgaben 7
4. Ein Haushaltssicherungskonzept (HSK), was ist das? 8
6. Ziele und Maßnahmen des Bochumer HSK-Entwurfs 2027 bis 2035 9
7. Was haben wir politisch erreicht? 12
B. FAQ – Die häufigsten Fragen 14
1. „Die Politik kriegt nix gebacken, die Kosten für Bauprojekte explodieren und dann fehlt das Geld für Wichtiges!“ 14
2. „Warum wird jetzt bei den Schwächsten gespart?“ versus: „Aber für die Syrer, die Ukrainer, die Sozialtouristen und für Rüstung ist Geld da.“ 15
3. Familienfreundliche Stadt? Ja, das ist weiter unser Ziel! 16
4. Ist das HSK das Ende der ökologischen Stadtentwicklung? Nein, wir halten Kurs und sehen auch Chancen! 16
5. Warum kostet Bauen heute so viel und warum werden städtische Projekte immer teurer als geplant? 17
6. Ist das Haus des Wissens ein überteuertes Prestigeprojekt? 18
7. Warum wird die Gewerbesteuer nicht einfach erhöht? 19
8. Warum steigen die Kosten bei Soziales und Jugend so sehr? 20
9. Ist mit Hilfe von Bund und Land zu rechnen? 22
C. Weiterführende Infos: 24

Hinweis:

Dieses update gibt den Stand nach der mit SPD und CDU Ende November erreichten Haushaltseinigung wieder. Ein paar textliche Fehler und inhaltliche Unschärfen wurden korrigiert. Komplett neu sind die Teile:

A7: Was haben wir politisch erreicht?

B8: Warum steigen die Kosten bei Soziales und Jugend so sehr?

B9: Ist mit Hilfe von Bund und Land zu rechnen?

„Bochum muss sparen!“ – Spätestens seit der Einbringung des Haushaltsplans 2027 und des Haushaltssicherungskonzeptes durch unsere Kämmerin und Stadtdirektorin Dr. Eva Maria Hubbert im Rat am 01.10.2026 ist klar, dass Bochum – wie die meisten Städte und Gemeinden in Deutschland – ein massives finanzielles Problem hat.

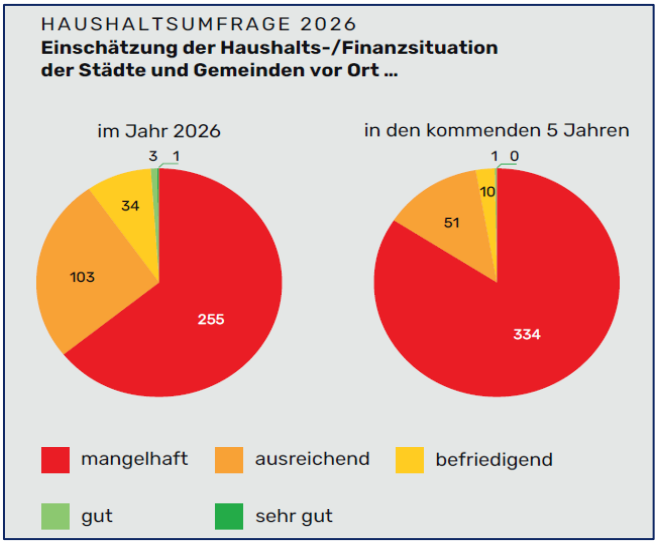
Wir verstecken uns nicht, sondern wir erklären Euch die Lage. Dabei sagen wir ehrlich:

- Ja, die Situation ist sehr ernst.
- Es wird große Belastungen und Einschnitte geben.

Doch wir strengen uns noch mehr an. Wir werden weiter progressiv denken, trotz des Abwehrkampfes, den wir führen müssen, wenn wir als Stadt nicht komplett handlungsunfähig werden wollen. Wir sind gezwungen Prioritäten zu setzen. Wenn wir kein tragfähiges Haushaltssicherungskonzept vorlegen, droht eine vorläufige Haushaltsführung (Nothaushalt) nach § 82 GO NRW und damit der politische Stillstand. Viele Leistungen müssten auf ihr äußerstes gesetzliches Mindestmaß gekürzt werden (s. Kapitel A4).

Und wir werden den Mut nicht verlieren, denn:

- Es passiert trotzdem sehr viel in Bochum! Wir wollen Euch zeigen, wo das Geld gut investiert wurde und es auch weiter investiert wird.
- Vieles an der jetzigen Krise ist strukturell bedingt und auf der kommunalen Ebene nicht lösbar. Vieles, was von Land oder Bund kommt, müssen wir ausbaden. Wir kämpfen gemeinsam mit den anderen Kommunen dafür, dass die Städte und Gemeinden besser ausgestattet werden.



Quelle: Städtetag NRW

- Not macht erfinderisch. Es gibt auch Chancen, zum Beispiel für neue Formen der Betreuung von Kindern und sogar für mehr Ökologie.

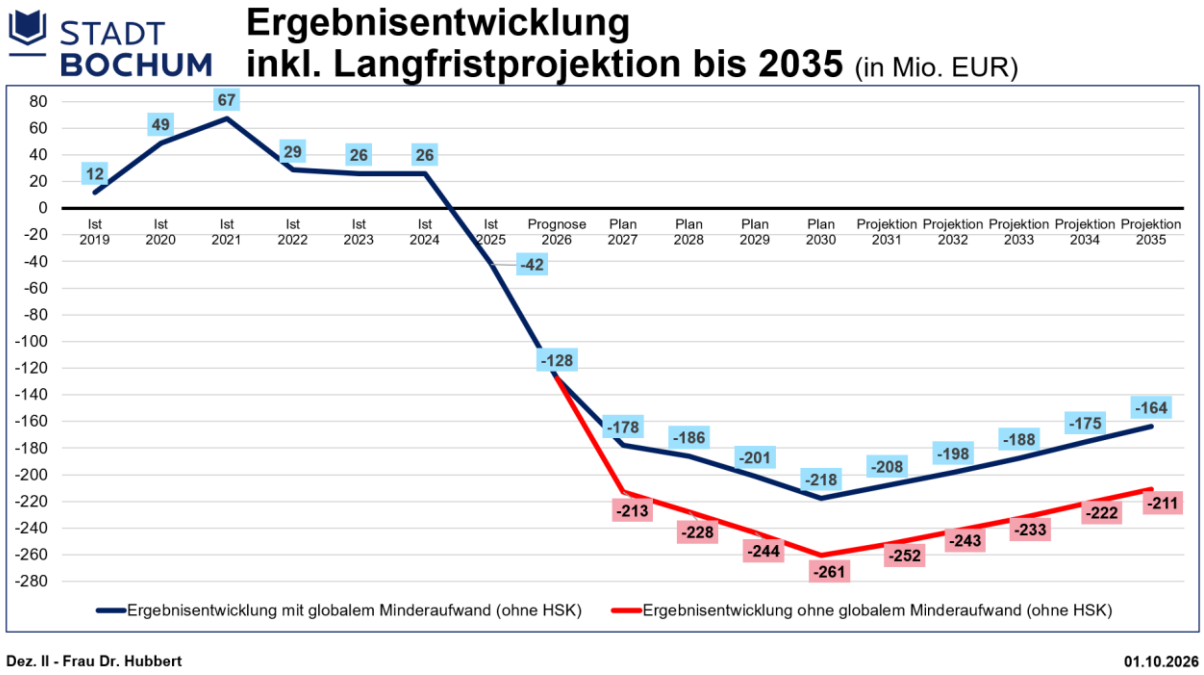
Auf den folgenden Seiten erklären wir Euch ein paar grundlegende Dinge: Woher die Stadt ihr Geld nimmt, wo sie es ausgibt und was passiert, wenn das Geld nicht reicht. Und wir antworten in einem FAQ auf die wichtigsten Fragen, die uns immer wieder gestellt werden und die in der öffentlichen Diskussion zu hören sind.

Dieser Reader ist ein work in progress. Der Haushalt wird am 17.12.2026 vom Rat beschlossen. Bis dahin und auch danach werden sich eventuell noch Veränderungen ergeben. Wir halten Euch auf dem Laufenden!

A. Grundlagen

1. Wie ist die Lage?

Der Ergebnisprognose im Haushaltsplan weist für 2027 ein hohes Defizit von 213 Mio. Euro bei einem Gesamtvolumen von rund 2,1 Mrd. Euro auf. Die nachfolgende Grafik beschreibt sehr anschaulich, wie die Stadt Bochum seit dem Jahr 2025 immer tiefer ins Haushaltsdefizit rutscht. Selbst mit unterjährigen Sparmaßnahmen im Umfang von 35 Mio. (in 2027, Folgejahre blaue Kurve) wäre die Stadt in wenigen Jahren überschuldet, weil die jährlich auflaufenden Defizite die Rücklagen und das Eigenkapital aufbrauchen würden. Deshalb braucht es zusätzlich ein langfristiges Haushaltssicherungskonzept. Dazu später mehr.



Wo kommt das Geld her?

Die wichtigsten Geldquellen der Stadt sind:

- Schlüsselzuweisungen des Landes (eine allgemeine Zuweisung und weitere Zuweisungen für spezielle Bereiche wie Sport oder Schule)
- Anteile an Umsatz-, Einkommens-, Grund- und Gewerbesteuer
- Kostenerstattungen durch Land und Bund
- Gebühren und Leistungsentgelte (z.B. Abwasser, Abfall, Straßenreinigung)
- Lokale Steuern (zum Beispiel Hundesteuer, wahrscheinlich bald die Bettensteuer)

Die Aufteilung der Schlüsselzuweisungen und Pauschalen werden im Gemeindefinanzierungsgesetz (GFG) jährlich festgelegt:



Quelle: Grüne Landtagsfraktion

...und wo geht das Geld hin?

Städte haben viele gesetzlich vorgeschriebene **Pflichtaufgaben** zu erfüllen, wie zum Beispiel Schulen, Straßen, Brücken, Plätze und Wege zu errichten und instand zu halten. Pflichtig sind auch viele soziale Leistungen wie Wohngeld, Grundsicherung im Alter, Bildung und Teilhabe (BuT), Kinder- und Jugendhilfe sowie die Versorgung von geflüchteten oder obdachlosen Menschen. Eine klassische **freiwillige Aufgabe** ist es etwa ein Theater, ein Konzerthaus, ein Stadion oder ein Freibad zu betreiben. Allerdings gibt es fließende Grenzen zwischen pflichtigen und freiwilligen Aufgaben. Öffentliche Weiterbildung muss zum Beispiel aufgrund des NRW-Weiterbildungsgesetzes angeboten werden, etwa durch die Volkshochschule. Nicht exakt vorgeschrieben sind dabei der genaue Umfang und die einzelnen Kurse. So ist es mit vielen Positionen im Haushalt. Sparen kann die Stadt im strengen Sinn nur bei den freiwilligen Aufgaben bzw. sie kann bestimmte Aufgaben auf das absolute gesetzliche Minimum beschränken. Sparen bei freiwilligen Ausgaben macht auch nur dann Sinn, wenn den Ausgaben keine Einnahmen gegenüberstehen. Um bei dem Beispiel zu bleiben. Es macht wenig Sinn gut gebuchte Veranstaltungen und Kurse zu streichen, wenn sie einen positiven Deckungsbeitrag durch Teilnahmebeiträge oder Förderung von anderer Stelle erwirtschaften. Und damit kommen wir zu den wesentlichen Ursachen für die finanzielle Misere.

2. Warum geht es gerade jetzt so steil bergab?

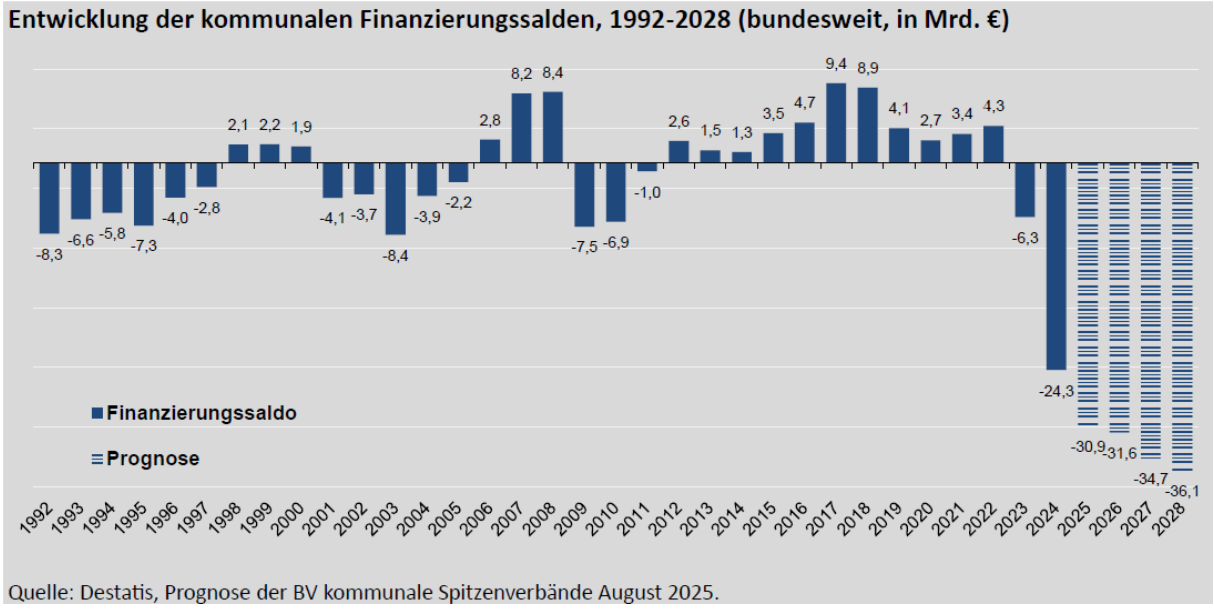
Die finanziellen Rahmenbedingungen der Kommunen haben sich in den vergangenen Jahren erheblich verschlechtert. Deutsche Städte, Kreise und Gemeinden ächzen unter ihrer Aufgabenfülle und Kostenlast: Sie müssen rund 25 Prozent der staatlichen Aufgaben übernehmen, erhalten aber nur elf Prozent der staatlichen Einnahmen. Zugespitzt könnte man

formulieren: Die Kommunen sind die politische Bad Bank von Bund und Land. Letztere haben die Schuldenbremse und dürfen sich eben nicht höher verschulden. Stattdessen werden die Kosten politischer Projekte nach unten durchgereicht. Daraus entsteht ein strukturelles Defizit, das die Kommunen aus eigener Kraft nicht mehr ausgleichen können.

Die wesentlichen Gründe sind:

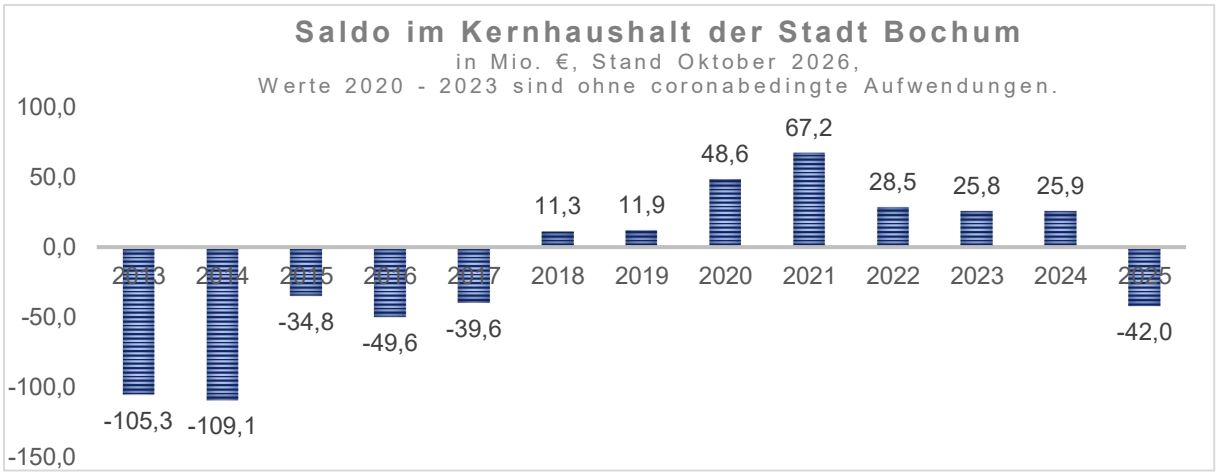
1. Seit Jahrzehnten übertragen Bund und Land den Kommunen Aufgaben oder legen Standards und Leistungsansprüche fest, ohne für einen Finanzausgleich zu sorgen. Das Prinzip, das dabei verletzt wird, heißt Konnexität oder umgangssprachlich: „wer bestellt, bezahlt".
2. Zukunfts- und Transformationsaufgaben (z.B. Digitalisierung, Energiewende) müssen von den Städten weitgehend alleine geschultert werden.
3. Durch externe Krisen (Kriege, Pandemie…) verschärft sich der Haushaltslage zusätzlich.

In der folgenden Grafik sieht man die die Entwicklung des Finanzierungssaldos (Überschüsse bzw. Defizite) aller Gemeinden in Deutschland seit 1992 in ihrer ganzen Dramatik:



Quelle: Berechnungen der Kommunalen Spitzenverbände, entnommen aus ihrer Stellungnahme zum Gemeindefinanzierungsgesetz 2026.
https://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMST18-3063.pdf

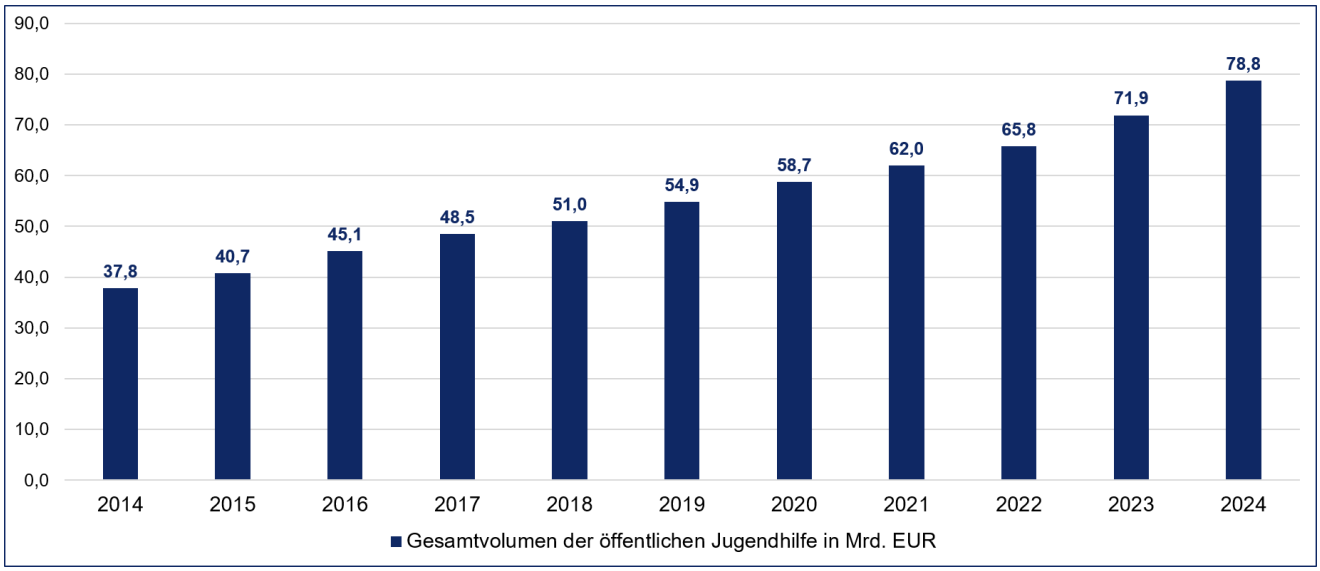
In der nächsten Grafik sieht man, dass Bochum zunächst noch schwer mit den Folgen der Finanzkrise der Jahre 2008ff sowie mit der Deindustrialisierung (Nokia, Opel…) zu kämpfen hatte und gegen Ende der 2010er Jahre an die bundesweite Aufwärtsentwicklung anschließen konnte. Die positiven Ergebnisse 2020 bis 2022 waren in dieser Höhe nur durch die vom Land beschlossene Bilanzierungshilfe des CUIG (Corona-Ukraine-Isolierungs-Gesetz) möglich.



Eigene Grafik, Datenquelle Stadt Bochum

Wo steigen die Kosten besonders?

Da sind zum einen die Aufwendungen für Soziales sowie für Kinder- und Jugendhilfe. Hinzu kommen Zuwächse bei Personal- und Sachkosten, getrieben von hohen Tarifabschlüssen und Inflation. Gleichzeitig wachsen auch in Bochum die Erträge nicht in gleichem Maße. Diese Entwicklung können Kommunen nicht dauerhaft aus eigener Kraft auffangen. Am Beispiel der so wichtigen öffentlichen Jugendhilfe lässt sich die Dynamik zeigen. Die Aufwendungen haben sich bundesweit in 10 Jahren mehr als verdoppelt!



Quelle: Stadt Bochum

3. Investive und konsumtive Ausgaben

Sehr wichtig ist es, bei diesen Riesensummen die Unterscheidung zwischen investiven und konsumtiven Ausgaben zu verstehen. Das ist wie im privaten Bereich: Kaufe ich mir für 1000 Euro ein Fahrrad, stellt das einen Wert dar. Es leistet mir ständig gute Dienste. Ich kann das

Fahrrad nach einer Zeit wieder verkaufen, wenn es gut in Schuss ist. Das ist also eine investive Ausgabe. Fahre ich für 1000 Euro in den Urlaub, ist das Geld sofort weg, mein „Eigenkapital“ ist um 1000 Euro verringert. Das ist eine konsumtive Ausgabe. Errichtet die Stadt zum Beispiel ein Gebäude, taucht dies als Eigenkapital in der städtischen Bilanz auf. Sein Wert wird über die Zeit abgeschrieben. Das mindert verlangsamt das Eigenkapital. Aber auch Straßen, Bäume oder Kanäle werden als Investitionen verbucht. Die Idee dabei ist, dass diese Güter Leistungen für die Allgemeinheit abgeben. Baut die Stadt für 100 Mio. ein Schulzentrum (investiv), muss sie ca. 10 Mio. für Zinsen und Abschreibung (konsumtiv) aufwenden. Um die konsumtiven Aufwendungen, die direkt zu Lasten des Eigenkapitals gehen, zu senken, ist nun geplant, einige größere Investitionen zu verschieben.

Viele große Aufwandsposten sind konsumtiv, zum Beispiel alle Arten von Hilfen in den Bereichen Soziales, Gesundheit sowie Kinder und Jugend, aber auch Energie- und Personalkosten. Etwa jeder fünfte Euro wird in Bochum fürs Personal ausgegeben.

Der Clou: Muss die Stadt zum Beispiel 10 Millionen Euro an sozialen Leistungen aufwenden, zu denen sie gesetzlich verpflichtet ist, die sie aber von Bund und Land nicht erstattet bekommt, ist das eine hohe konsumtive Ausgabe. 10 Millionen Euro, die für einen Anbau an einer Schule ausgegeben werden, sind eine vergleichsweise überschaubare Investition, die „nur“ ca. 1 Mio. an konsumtiven Aufwendungen für Zinsen und Abschreibung nach sich zieht. Oft werden in der Diskussion beide Ausgabenarten gegeneinandergestellt und kritisiert, dass für das eine Geld da ist und für das andere nicht. Das gibt aber ein verzerrtes Bild, weil beide Ausgabenarten den Haushalt auf sehr unterschiedliche Weise belasten.

Derzeit hat die Stadt noch rund 1 Milliarde Euro Eigenkapital. Durch die hohen prognostizierten Defizite droht es in den nächsten 10 Jahren schrittweise aufgezehrt zu werden. Ist das Eigenkapital verbraucht, spricht man von Überschuldung. Dies hat u.a. sehr negative Auswirkungen auf die Konditionen, zu denen die Stadt Kredite aufnehmen kann und damit auf die generelle Handlungsfähigkeit der Stadt. Ein aufgeblähtes Kreditvolumen würde dazu führen, dass uns sozusagen die Zinsen auffressen. Das muss also verhindert werden. Auch deshalb wird nun ein Haushaltssicherungskonzept aufgestellt.

4. Ein Haushaltssicherungskonzept (HSK), was ist das?

Dazu machen wir uns kurz klar, welche **Ziele der Haushaltsführung** vorgegeben sind:

- Idealerweise haben Kommunen einen positiven Haushalt, um auch Rücklagen für schlechte Zeiten bilden zu können. So geschehen in Bochum von 2018 bis 2024.
- Rechtlich stellt ein ausgeglichener Haushalt die Norm dar.
- Das politische Minimum ist ein von der Kommunalaufsicht bei der Bezirksregierung in Arnsberg genehmigter Haushalt. Dieser kann in bestimmten Grenzen auch Defizite beinhalte, wie etwa im Doppelhaushalt 2025/2026.

Ein nicht genehmigter Haushalt mit vorläufiger Haushaltsführung bedeutet faktisch das Ende der Haushaltshoheit und damit das Ende politischer Handlungsmöglichkeiten:

- nur Weiterführung notwendiger Aufgaben
- keine neuen freiwilligen Leistungen

- Abbau alter freiwilliger Leistungen
- keine neuen Investitionen
- keine neuen Fördermittel bis zur Genehmigung eines HSK
- die Kommunalaufsicht gibt weitere Konsolidierungsmaßnahmen vor oder schickt schlimmstenfalls eine*n „Sparkommissar*in“
- Kreditaufnahme und damit Investitionstätigkeit massiv eingeschränkt

Haushaltssicherung meint zum einen den **Zustand**, wenn der Haushaltsausgleich nicht erreicht wird und die Genehmigung gefährdet ist. Gleichzeitig beschreibt es den **Prozess** der Konsolidierung, in der Regel durch ein **Haushaltssicherungskonzept** (vgl. §76 Gemeindeordnung NRW). Ein HSK enthält:

- eine detaillierte Benennung von Konsolidierungsmaßnahmen im Haushaltsplan
- eine Darstellung, wann der Ausgleich erreicht werden soll und wie neue Defizite vermieden werden sollen.

Ein HSK ist die zwingende Voraussetzung für einen genehmigten Haushalt, wenn bei der Aufstellung der Haushaltssatzung

- die allgemeine Rücklage um mehr als ein Viertel verringert wird oder
- für zwei Jahre geplant ist, die allgemeine Rücklage jeweils um mehr als ein Zwanzigstel zu verringern oder
- die Überschuldung durch Verzehr des Eigenkapitals droht

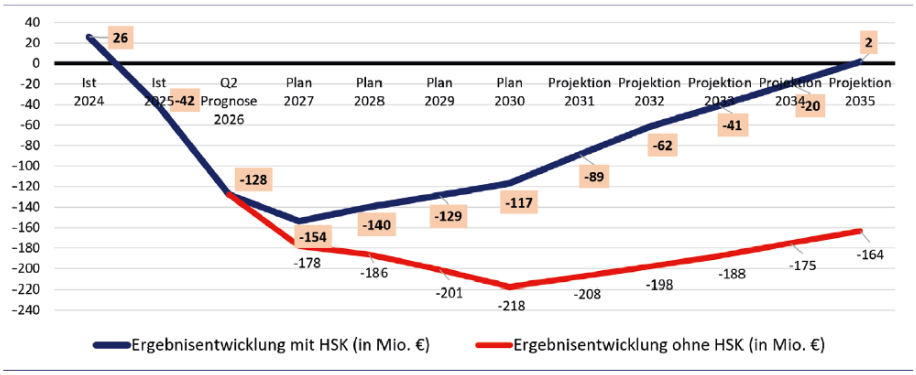
Fazit: Wenn wir als Politik nicht selbst Sparmaßnahmen beschließen würden, dann würde das die Kommunalaufsicht tun. Damit wäre Bochum faktisch fremdbestimmt. Deshalb hat die Verwaltung ein HSK zum Beschluss vorgelegt, das seinerseits politisch verändert werden kann. Wir können, um handlungsfähig zu bleiben, zwar nicht das Einsparvolumen verändern, wohl aber Sparmaßnahmen zurückweisen, indem wir alternative Sparmaßnahmen formulieren oder neue finanzielle Kompensationen benennen. Weiter unten beschreiben wir unsere Überlegungen dazu.

6. Ziele und Maßnahmen des Bochumer HSK-Entwurfs 2027 bis 2035

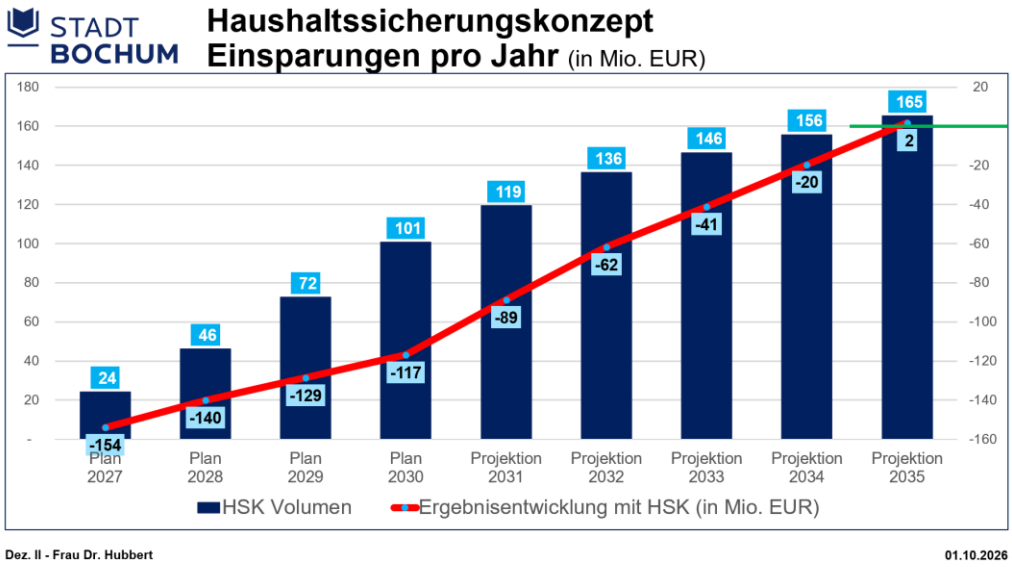
Die Ziele des HSK sind:

1. Haushaltsausgleich bis spätestens 2035
2. Sicherung des kommunalen Eigenkapitals
3. Begrenzung weiterer struktureller Verschuldung
4. Erhalt unserer kommunalen Handlungsfähigkeit
5. Zukunftsfähige Aufstellung des Konzerns Stadt Bochum

In der folgenden Grafik sieht man, wie die Ergebniskurve, in die die unterjährigen Sparmaßnahmen („globaler Minderaufwand“) bereits eingepreist sind (rote Linie), nur durch ein langfristiges Haushaltssicherungskonzept wieder über die Null-Linie geführt werden kann (blaue Linie).



In Summe müssen 165 Mio. eingespart werden. Das wird in der nachfolgenden Grafik anschaulich:



Zur Erläuterung:

- Ohne alle Sparmaßnahmen läge das geplante Defizit in 2027 bei 213 Mio.
- Davon müssen unterjährig über den globalen Minderaufwand 35 Mio. € eingespart werden.
- Das HSK sieht in 2027 einen weiteren Einsparbetrag von 24 Mio. vor.
- So kommt man auf die rund 154 Mio. €, die der Haushaltsplan letztlich als Defizit für 2027 ausweist.
- Um diesen Betrag wird sich das Eigenkapital der Stadt von derzeit noch rund 1 Mrd. Euro verringern.

Welche Sparmaßnahmen hat die Verwaltung im HSK geplant?

Die Übersicht zeigt die Konsolidierungsbeiträge der einzelnen Bereiche:

STADT BOCHUM **HSK-Cluster und Einsparvolumen** (in Mio. EUR)

Cluster	2027	2028	2029	2030	2031	2032	2033	2034	2035
Allg. Finanzwirtschaft und Einzelmaßn.	3,6	12,7	19,0	25,4	32,0	38,3	44,7	51,0	57,4
Beteiligungen	4,7	11,4	16,4	19,6	23,4	22,9	25,2	26,7	28,8
Immobilien und Portfoliomanagement	3,1	5,2	5,0	5,6	5,9	6,2	6,5	6,8	7,1
Digitalisierung, KI und Prozesse	0,4	2,6	4,6	9,5	13,9	23,5	23,6	23,8	23,9
Personal und Orga	2,7	6,0	7,2	7,8	8,1	8,3	8,4	8,5	8,4
Sicherheit und Ordnung	0,6	0,6	0,6	0,6	0,7	0,7	0,7	0,7	0,7
Kultur und Integration	0,5	0,9	1,4	3,0	3,3	3,6	3,9	4,2	4,5
Schule und Bildung	4,6	1,3	2,9	6,6	8,7	8,8	8,8	8,8	8,8
Sport	0,1	0,1	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3
Gesundheit	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2
Jugend	0,2	0,7	8,5	13,8	14,3	14,8	15,3	15,8	16,3
Soziales	0,9	1,6	3,1	4,5	4,5	4,5	4,5	4,5	4,5
Infrastruktur	0,0	0,0	0,0	0,0	0,3	0,5	0,5	0,5	0,5
Nachhaltigkeit	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5
Stadtentwicklung	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2
Technischer Betrieb	0,5	0,5	1,1	1,6	1,6	1,6	1,6	1,6	1,6
Umwelt und Grün	1,5	1,6	1,6	1,6	1,6	1,6	1,6	1,6	1,6
Gesamtsumme	**24,1**	**46,1**	**72,5**	**100,6**	**119,3**	**136,3**	**146,4**	**155,6**	**165,2**

Dez. II - Frau Dr. Hubbert 01.10.2026

Aus unserer Sicht sind vor allem die von der Verwaltung vorgeschlagenen Maßnahmen in den Bereichen Soziales, Gesundheit und Jugend besonders schmerzhaft, auch wenn diese teilweise erst mittel- bzw. langfristig greifen sollen.

- Mittelfristige Steigerung der OGS-Beiträge
- Mittelfristige Steigerung der Kita-Beiträge
- Einsparungen bei den Hilfen zur Erziehung
- Ferienpass wieder kostenpflichtig
- Reduzierung von freiwilligen Zuwendungen im Bereich Gesundheitswesen
- Alle Zuschüsse/ Zuwendungen an soziale Träger, die nicht per Gesetz oder Gerichtsbeschluss gezahlt werden, sollen 2029 um 50 % reduziert, im zweiten Schritt 2030 komplett eingespart werden.
- Kürzungen bei den Schülerspezialverkehren. Bochum hat die Schülerfahrtkostenverordnung für Kinder mit Förderbedarf bisher freiwillig sehr großzügig ausgelegt.
- Streichung des Zuschusses für das Café Fluid beim Walk-in-Ruhr

Kopfzerbrechen bereitet uns auch der Vorschlag, einige der in den vergangenen Jahren beschlossenen Bauprojekte nach hinten zu schieben, insbesondere:

- Sanierung/Neubau des Schulgebäudes an der Unterstraße zur Aufnahme der Nelson-Mandela-Gesamtschule
- 3fach-Turnhalle mit Lehrschwimmbecken im Bezirk Nord

Auch Einsparungen bei Kultur und Bildung tun weh:

- Entgelterhöhung Musikschule ab 2029
- Reduzierung des Zuschusses für Schauspielhaus, Symphoniker und Planetarium
- Aufgabe der Freilichtbühne Wattenscheid
- Aufgabe des Freilichtmuseums Helfs Hof

Auch wenn im Bereich Umwelt und Mobilität kein Kahlschlag droht, gibt es Maßnahmen, die ein Rückschlag für grüne Politik sind:

- Deckelung des Bogestra-Zuschusses, was ohne strukturelle Neuausrichtung zunächst zu einer Verschlechterung des ÖPNV-Angebots führen würde
- Streichung des von uns eingeführten Förderprogramms zur Entsiegelung und Dach-/Fassadenbegrünung

Chancen des HSK

Neben den harten Sparmaßnahmen benennt das HSK auch einige Felder, in denen Chancen zu höherer Effizienz und sogar für Ertragssteigerungen liegen.

- Digitalisierung behördlicher Prozesse
- Erhöhung der Parkentgelte für Parkhäuser und oberirdisches Parken
- Einnahmen durch Vermietung von Parkplätzen
- Energiesparmaßnahmen und energetische Sanierungen bei städtischen Gebäuden sollen forciert werden
- Eine Wiederbesetzungssperre von 6 Monaten beim Personal führt zu einer erheblichen Personalkosteneinsparung. Das zwingt alle Bereiche zu einer sehr genauen Aufgabenkritik bzw. zu Priorisierungen und Prozessoptimierungen.

7. Was haben wir politisch erreicht?

Wir haben uns nach wochenlangen Verhandlungen mit SPD und CDU Ende November darauf verständigt, dem von der Kämmerin eingebrachten Haushaltsplan 2027 und dem bis 2035 laufenden Haushaltssicherungskonzept mit einer ganzen Reihe von Änderungsanträgen zustimmen. Die drei Fraktionen übernehmen so die Verantwortung dafür, dass die Stadt Bochum mit einem genehmigungsfähigen Haushalt auch in Zeiten massiven Spardrucks handlungsfähig bleibt.

Das gemeinsame Antragspaket für die Etatsitzung des Haupt-, Wirtschafts- und Finanzausschusses am 9. Dezember verschiebt im Vergleich zum Verwaltungsentwurf die Schwerpunkte sowohl bei den Einsparungen als auch bei den Ausgaben an vielen Stellen deutlich:

- Wir sichern das dichte Netz der Hilfen im Sozial- und Gesundheitswesen, indem wir einen großen Teil der Kostensteigerungen bei den Trägern auffangen. Auch das Café Fluid im Walk in Ruhr erhält weiter seinen Zuschuss.
- Familienfreundliches Bochum: Die Kita-Beiträge, die wir 2024 abgesenkt haben, bleiben stabil. Es wird keine Erhöhung geben.
- Die freie Kulturszene erhält zusätzlich 225.000 Euro.
- Die Finanzierung der Seniorenbüros bleibt erhalten.
- Die Schülerbeförderung der Klassen 1 bis 4 in den Förderschulen mit Schwerpunkt Lernen wird nicht gekürzt.
- Wir unterstützen Großveranstaltungen wie z.B. die Karnevalsumzüge, die ansonsten wegen hoher Kosten für Sicherheit gefährdet sind.
- Die Dreifachturnhalle mit 25-Meter-Becken am Schulzentrum Gerthe wird gebaut.

- Wir beauftragen die Verwaltung mit einer Reform des Kommunalen Ordnungsdienstes. Der KOD soll weniger als repressive Macht und mehr als Hilfe verstanden werden.
- Wir beauftragen die Verwaltung bei der Entbürokratisierung mutig voranzugehen sowie Digitalisierung und IT-Sicherheit zu stärken.
- Für die Freilichtbühne soll ein Betreiberkonzept erstellt werden. Auf die Ausschreibung können sich private und bürgerschaftliche Initiativen bewerben.
- Für die Großsporthalle soll auf Grundlage der Machbarkeitsstudie Planungsrecht geschaffen werden.
- Der Etat für Stadtraumpflege bleibt weitestgehend erhalten.

Die Gegenfinanzierung erfolgt durch Einsparungen bzw. Ertragssteigerungen an anderer Stelle:

- Schließung der Flüchtlingsunterkunft an der Höntroper Straße (bei gleichzeitigem Erhalt der Unterkunft am Nordbad).
- Verschiebung des Umbaus der Gebrüder Grimm Schule
- Deckelung der Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur
- Verschiebung des Umbaus der Fronleichnamskirche Laer
- Ausweitung der Wiederbesetzungssperre auf 9 Monate
- Vermietung von Parkplätzen
- Ausweitung der Parkraumbewirtschaftung
- Höhere Einsparungen durch forcierte Digitalisierung städtischer Angebote
- Höhere Einsparungen durch energetische Sanierung städtischer Gebäude
- Kürzung des Etats für Beraterverträge
- Einsparungen im Kunstmuseum
- Wegfall der Finanzierung für das Rathaus-Clubbing

Wir setzen uns bis zur Verabschiedung des Haushalts im Rat am 17.12. dafür ein, die Schäden an der sozialen Infrastruktur der Stadt so gering wie möglich zu halten. Unser strategisches Ziel war und ist eine **Mehrheit für den kommunalen Haushalt 2027** zu gewinnen und damit die Handlungs- und Investitionsfähigkeit der Stadt Bochum zu erhalten. Vor allem aber schafft ein genehmigungsfähiger städtischer Haushalt politische Gestaltungsoptionen. Wir haben als rot-grüne Rathauskoalition keine eigene Mehrheit und sind deshalb dazu aufgefordert Mehrheiten zu organisieren, die zu tragfähigen Entscheidungen führen. Dafür werden wir auch weiterhin Kompromisse machen müssen, Entscheidungen der Vergangenheit immer wieder hinterfragen und manche unangenehme Beschlussfassung in Kauf nehmen.

Abschließend sei noch einmal darauf verwiesen: Die im HSK beschriebenen Maßnahmen erstrecken sich über die nächsten 8 Jahre bis 2035. Viele der sehr einschneidenden Maßnahmen greifen erst mittelfristig. Der Gedanke dahinter ist, dass die Stadt diese Maßnahmen auch wieder verwerfen kann, wenn zum Beispiel höhere Erträge durch eine konjunkturelle Erholung, durch neue Förderprogramme oder allgemein durch eine bessere strukturelle Ausstattung der Kommunen erzielt werden. Letzteres versuchen die Kommunen über den Deutschen Städtetag und das Aktionsbündnis „Für die Würde unserer Städte“ zu forcieren. Auch innerhalb unserer eigenen Partei muss hierbei **politischer Druck aufgebaut bzw. erhöht werden**. Die Politik in Land und Bund muss endlich stärker berücksichtigen, dass die eigene Stadt der Bereich ist, in der die Menschen sehr unmittelbar erleben, ob staatliches Handeln funktioniert (vgl. auch Kapitel B9).

B. FAQ – Die häufigsten Fragen

1. „Die Politik kriegt nix gebacken, die Kosten für Bauprojekte explodieren und dann fehlt das Geld für Wichtiges!“

So würde es klingen, wenn eine KI alle unzufriedenen bis wütenden Leserbriefe und Social-Media-Kommentare zum Haushalt bzw. zur Stadtpolitik zusammenfassen würde. Viele denken: Wenn wir uns das Haus des Wissens oder das teure Stadion oder das Schauspielhaus sparen würden, dann wäre Bochum saniert, alle Schultoiletten wären blitzeblank, in den Straßen keine Schlaglöcher und der Husemannplatz wäre ein schattiges Wäldchen. Aber so ist es nicht. Leider werden da viele Dinge zusammengeworfen, die man so gar nicht gegeneinander rechnen kann.

Das Geld für wichtige Dinge ist da und wird ausgegeben: Tatsache ist, dass die Stadt in den „guten Jahren“ seit etwa Mitte der 2010er Jahre massiv investiert hat und weiter investiert.

Bestes Beispiel Bäderkonzept: Um die Betriebskosten auf lange Sicht im Rahmen zu halten, wurden zwei Freibäder geschlossen. Dafür wurden und werden die anderen Hallen- und Freibäder Schritt für Schritt saniert. Das neue Bad in Werne wird sehr gut angenommen. Das Urban Blue hat sich als Freizeitmagnet für Familien etabliert. Das Wellenfreibad in Wattenscheid wird aktuell saniert. Zuletzt wurde das Bad in Linden eröffnet mit einem innovativen Naturschwimmbad außen und einem komplett neuen Hallenbereich.

Bestes Beispiel Schulzentrum Nord in Gerthe:

Das neue Gebäude wurde am 2. September 2026 eröffnet. Hier lernen rund 1.500 Schülerinnen und Schüler der Anne-Frank-Realschule und des Heinrich-von-Kleist-Gymnasiums. Im Komplex sind auch die Stadtteilbücherei Gerthe und das zdi-Netzwerk MINT.BOchum untergebracht. Das moderne Gebäude umfasst rund 26.000 Quadratmeter Bruttogrundfläche, eine Aula, eine Mensa, ein Forum sowie eine Photovoltaikanlage.

Hier ein Überblick, wo die Stadt sonst noch Geld in wichtige Dinge investiert:

Welche sind die bedeutendsten Investitionen in den Jahren 2027 – 2030?
(Haushaltsansätze 2027 – 2030)

	Mio. €
Investitionen in die Schul-, OGS- sowie Digitale Infrastruktur	664
Kanalbaumaßnahmen sowie Maßnahmen des ökologischen Gewässerausbaus und zur Abkopplung von Regenwasser	230
Maßnahmen im Straßen-, Radwege und Brückenbau	215
Investitionen in weitere Bildungsinfrastruktur (u. a. VHS, Musikschule)	103
Stadtentwicklungsmaßnahmen (ISEK) und Wohnbauflächen	80
Investitionen in Verwaltungsgebäude	70
Park- und Grünanlagen	44
Investitionen in Feuerwehr und Rettungsdienst	43
Stadtbahnanlagen und ÖPNV Maßnahmen	30
Investitionsmaßnahmen in Sporteinrichtungen	19
Neubau und Erweiterungen von Kindertagesstätten	9

Einige bedeutende Maßnahmen, die im Haushaltsplanzeitraum fertiggestellt oder begonnen werden (Gesamtkosten):

	Mio. €
Haus des Wissens, Markthalle	153
Neubau der Gesamtschule Bochum Mitte (Berliner Str.)	146
Neubau 11. Gymnasium	103
Sanierung Rathaus (Nordflügel)	25
Haus der Musik	24
Modernisierung und Digitalisierung der Verwaltungs-IT	21
Klimaschutz und Nachhaltigkeit städtische Gebäude (z.B. Photovoltaik)	21
Erich-Kästner Gesamtschule, Neubau einer 3-fach Turnhalle	20
Instandsetzung Alleestr.	19
Entwicklung Zukunftsareal Innenstadt West	14
Neubau Feuerwehrhaus Heide	11
Castroper Str.	9
Maßnahmen auf Kinderspielplätzen / Spielleitplanung	7
Sportentwicklungsplanung	6
Haus der Begegnung	2

Quelle: Stadt Bochum

2. „Warum wird jetzt bei den Schwächsten gespart?“ versus: „Aber für die Syrer, die Ukrainer, die Sozialtouristen und für Rüstung ist Geld da.“

Als Grüne – egal auf welcher politischen Ebene – werden wir von zwei Seiten angegangen: Es gibt einen linken Populismus, der überall nur Sozialabbau wittert und einen rechten Populismus bzw. Radikalismus, der für jede gesellschaftliche Unwucht nur Sündenböcke sucht und sie zielsicher unter denen findet, die sich am wenigsten wehren können.

Tatsache ist, dass wir viele Dinge gleichzeitig tun und auch tun müssen. Wir müssen als Stadt die Pflichtaufgaben erfüllen und tun dies auch. Die werden aber immer mehr und gleichzeitig bekommen wir von Land und Bund dafür nicht genug Geld. Deshalb sind wir gezwungen, bei freiwilligen Leistungen einzusparen oder die Erledigung pflichtiger Aufgaben auf das Mindestmaß zu reduzieren. Aus dieser Zwickmühle kommen wir aus eigener Kraft nicht heraus. Gerade deshalb ist es so wichtig politischen Druck auch im eigenen Lager zu erzeugen. In der nachfolgenden Tabelle sieht man sehr schön, wo die Stadt einen hohen Anteil an Geld aus ihrer eigenen Tasche zuschießt, also ohne dass hier Fördermittel oder Kompensationen von anderer Stelle vorhanden sind.



Quelle: Stadt Bochum

3. Familienfreundliche Stadt? Ja, das ist weiter unser Ziel!

- Die Kitabeiträge bleiben für die nächsten 2 Jahre stabil.
- Der Kinder- und Jugendförderplan ist für die nächsten 5 Jahre gesichert.
- Wo immer den Familien Kosten entstehen, haben wir eine soziale Staffelung.
- Wir bauen ein neues Gymnasium in Mitte und eine neue Gesamtschule in Wattenscheid.
- Wir investieren für Baumaßnahmen in Schule und OGS bis 2030 weitere 664 Mio. €.
- Kitaplatz-Sicherheit
- Wir sehen auch eine Chance in der Situation. Wir wollen die Betreuungssituation verbessern, z.B. indem wir Vereine und Kulturinstitutionen in die Betreuung einbinden.

4. Ist das HSK das Ende der ökologischen Stadtentwicklung? Nein, wir halten Kurs und sehen auch Chancen!

- Investitionen in Nachhaltigkeit, Klimaschutz und Klimaanpassung zahlen sich aus. Deshalb ist dieser Bereich vom HSK auch deutlich weniger stark betroffen. Das HSK kann sogar neue Chancen für nachhaltigere Politik eröffnen.
- Wir sparen an Stellen, die eine Steigerung der Artenvielfalt bewirken:
  - z.B. durch extensive Pflege. Weniger mähen hat den Vorteil, dass mehr Pflanzen stehen bleiben und mehr Tiere bleiben.
  - z.B. Teiche nicht mit Süßwasser auffüllen. Wir müssen uns an das Bild des trockenen Gewässers gewöhnen, weil wir Süßwasser sparsam einsetzen müssen.
- Wir wollen Anwohnerparken sozial gerechter gestalten.
- Wir wollen priorisieren (z.B. benachteiligte Viertel, Kinder, Familien, Schulhöfe, vulnerable Gruppen).
- Wir müssen die Versiegelungswut mutig stoppen. Zum Beispiel könnten wir uns die Entsiegelungschallenge der Rheinmetropolen „Grün rein, Grau raus“ zum Vorbild nehmen.

- Das Stadtbild wird sich durch den Klimawandel unweigerlich verändern, ob mit oder ohne Haushaltskrise. Unser Morgen wird anders aussehen als das heute, aber wir müssen das Überübermorgen im Blick behalten.

5. Warum kostet Bauen heute so viel und warum werden städtische Projekte immer teurer als geplant?

Hier gibt es mehrere sich überlagernde Effekte:

Unterschiedliche Kostenangaben weisen in unterschiedlichen Planungsphasen notwendigerweise einen unterschiedlichen Grad an Präzision auf. Am Anfang steht immer die sog. Kostenschätzung, die per Definition eine Schwankung von 30% beinhaltet. Die Öffentlichkeit nimmt aber nicht den Schwankungsbereich wahr, sondern die konkrete Zahl, die in den Medien steht. Manchmal sind zu Beginn einzelne Kostenarten (z.B. für Ausstattung und Honorare) noch gar nicht mitgerechnet und sind deshalb nicht wirklich mit späteren Kostenberechnungen, die diese Kostenarten enthalten, vergleichbar. Ein großer Teil der vermeintlichen „Kostenexplosion“ beim Haus des Wissens beruht auf diesen Effekten. Ehrlich sagen muss man aus politischer Sicht aber auch, dass am Anfang die Zahlen häufig kleiner sind, da sich sonst für ein Projekt oft keine Mehrheiten finden würden.

Kostentreiber Überraschungen: Planer*innen können vorher oft nicht wissen, was sich während der Bauphase noch an Überraschungen im Boden findet. Zum Beispiel hat man damals beim Bau des Musikzentrums Reste einer Tankstelle im Boden gefunden. Die Entsorgung machte den Bau gleich um eine Million teurer. Beim Husemannplatz fanden sich viele nicht dokumentierte Leitungen im Boden, die teuer entfernt werden mussten. Und dann muss man im Ruhrgebiet immer mit Bergschäden rechnen, auch wenn sich diese nicht präzise einpreisen lassen.

Kostentreiber Inflation: Große Projekte laufen gerne mal über 10 Jahre. Gerade in den letzten Jahren spielte der Faktor Inflation eine große Rolle, selbst wenn meistens ein Kostensteigerungsindex eingepreist ist. Es gab zuletzt heftige Sondereffekte bei den Baukosten durch Corona, Ukraine, Iran. Energie und Rohstoffe sind dadurch sehr teuer geworden

Kostentreiber Anbietermarkt: Der zum großen Teil demographisch bedingte Personalmangel treibt auch im Baugewerbe die Preise nach oben. Viele Unternehmen sind auf lange Frist ausgelastet. Das führt mitunter dazu, dass auf eine städtische Ausschreibung hin nur sehr wenige Angebote oder nur ein Angebot eingeht. Das führt zu höheren Preisen als bei einer stärkeren Konkurrenzsituation.

Beispiel NGB: Das Neue Gymnasium Bochum wurde 2016 eröffnet und kostete 40 Mio. Euro. Heute würde es allein durch die beschriebenen Preissteigerungen etwa das Doppelte kosten.

Husemannplatz: Den vorher stark in die Jahre gekommenen und unübersichtlichen Platz neuzugestalten war politischer Konsens. Seit 15 Jahren versuchen wir die Innenstadt attraktiver zu machen. Die Plätze spielen hier eine wesentliche Rolle. Bei Baubeginn lag der Preis bei 8 Mio., heute stehen wir bei knapp 20 Mio. Keine Frage: das ist eine sehr ärgerliche Entwicklung. Und dann ist da noch nicht mal Schatten, kritisieren manche. Aber das Wasserspiel („Blue Cloud“) auf dem Platz wurde im Hitzesommer 2026 bereits von Familien ganz hervorragend angenommen, obwohl auf der anderen Seite noch die Bagger arbeiteten. Auch der grüne Pavillon („Green Cloud“) wird nach seiner Fertigstellung ein schattenspendender

Anziehungspunkt werden. Der Platz ist jetzt insgesamt viel übersichtlicher. Mehr Bäume zu pflanzen scheitert an der Tiefgarage, die sich nur knapp unter der Oberfläche befindet. Außerdem hat ein zentraler städtischer Platz auch Funktionen (z.B. Weihnachtsmarkt oder Kundgebungen und Versammlungen), für die zu viele Bäume eher hinderlich sind. Teurer ist das Projekt vor allem durch den sehr komplexen Untergrund geworden. Die Tiefgarage aus den 70ern darunter musste extrem aufwendig abgedichtet werden, Wurzelwerk und undokumentierte Leitungen kamen in die Quere. Und auch die oberirdischen Rückbauarbeiten an den alten Pavillons waren viel teurer als erwartet.

6. Ist das Haus des Wissens ein überteuertes Prestigeprojekt?

Das wird oft behauptet und als Hauptgrund für die Haushaltsprobleme benannt. Die Antwort in Kurzfassung: Nein, das HDW ist ein Zentrum für Bildung, Begegnung und Teilhabe!

- Eine Volkshochschule und eine Bücherei sind kein Luxus, sondern sie erfüllen städtische Pflichtaufgaben. Beide Institutionen sind für die Bildungschancen breiter Bevölkerungskreise unverzichtbar. Gerade auch der Menschen mit nicht so dickem Geldbeutel.
- Beide Institutionen sind derzeit in einem Bau der 70er Jahre (BVZ) untergebracht, der komplett saniert werden müsste und in den es schon mal hereinregnet.

Warum ist das so teuer? Wäre es nicht billiger gegangen?

- Ja, das Haus wird ein finanzieller und organisatorischer Kraftakt für die Stadt. Doch wir bauen das für die Bürgerinnen und Bürger und für die Zukunft dieser Stadt. Nach der Kostenberechnung wird die Stadt rund 153 Mio. Euro investieren müssen. Das Projekt liegt derzeit im Kostenplan. Für 2028 rechnen wir mit der Eröffnung.
- Eine Sanierung des BVZ würde nach aktuellen Preisen etwa 130 Mio. kosten. Nicht eingerechnet sind hier Kosten für Räumlichkeiten, die man in der mehrjährigen Bauzeit anderswo für VHS und Bücherei zwingend anmieten müsste. Hier bewegen wir uns also in einer ähnlichen Größenordnung. Mit dem Nachteil, dass ein saniertes BVZ niemals den energetischen Standard und die Nutzungsmöglichkeiten bieten würde, die es heutzutage braucht. Andere geeignete Standorte, auf die die Stadt Zugriff hätte, sind in der Innenstadt schlicht nicht vorhanden.

- Zum Vergleich: Das neue Schulzentrum Nord kostete auch etwas auch über 110 Mio. Ähnlich viel Geld werden wir jeweils für das 11. Gymnasium sowie für die beiden neuen Gesamtschulgebäude ausgeben. Auch für Bau, Sanierung und Erweiterung von Kitas und Grundschulen haben wir in den letzten 10 Jahren hunderte Millionen Euro ausgegeben und werden dies weiter tun. Das Neue Gymnasium (NGB) hat 2016 rund 40 Mio. gekostet. Heute würde es fast das Doppelte kosten.

  Fazit: Ja, das HDW ist nicht billig. Aber vergleichbar große Schulbauten sind es auch nicht.

4,5 Millionen Anschubfinanzierung für eine Markthalle, aber anderswo den Gürtel enger schnallen?

Die Markthalle wurde von vielen Bürgerinnen und Bürgern in den letzten 20 Jahren immer wieder gefordert. Bei der Bürgerkonferenz 2017 war dies der eindeutige und am häufigsten geäußerte Wunsch der Bürgerinnen und Bürger. Seitdem betrachtet es die Bochumer Politik als

ihren Auftrag, diesen Bürgerwunsch umzusetzen. Die Markthalle in das neue Gebäude des Haus des Wissens zu integrieren, macht dabei hochgradig Sinn wegen der zentralen Lage und dem Publikumsverkehr.

Wo gespart und wo etwas ausgegeben wird, ist letztlich eine politische Frage. Der eine findet das Theater viel zu teuer, die andere die Markthalle, der nächste das Stadion und wieder andere halten Klimaschutz und Radwege für überflüssig. Die Anlaufkosten von 4,5 Mio., welche über die Jahre 2027 -2030 verteilt sind, sind nicht wenig, aber in der Gesamtbetrachtung lediglich ein Puzzlestück. Alles hängt daran, ob in der Markthalle genug Leute einkaufen und genug Geld ausgeben. Von Seiten der Handeltreibenden jedenfalls spürt man sehr viel Interesse, sich dort niederzulassen. Wenn der Rat morgen beschließen würde, sich das Geld für die Anschubfinanzierung zu sparen, gäbe es keine Markthalle. Dann müsste der vorgesehene Raum im neuen Gebäude eben anderweitig genutzt werden. Eine Chance, durch eine mutige Investition mehr Menschen in die Innenstadt zu bringen, wäre aber für alle Zeiten vertan. Wir finden, dass es den Versuch wert ist.

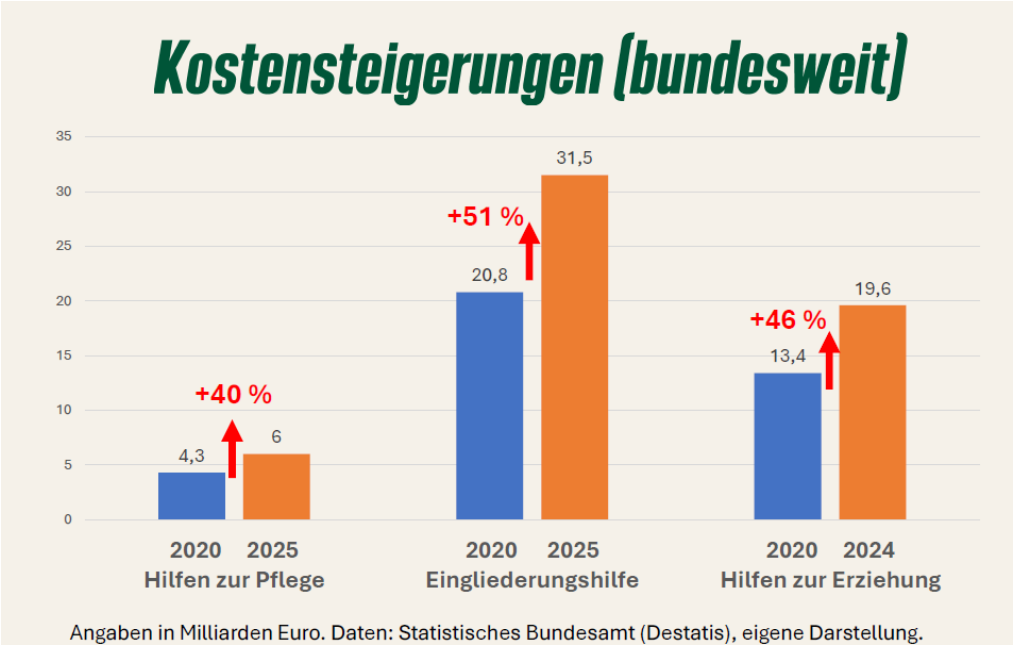
7. Warum wird die Gewerbesteuer nicht einfach erhöht?

Die Gemeinden legen den Hebesatz fest, zu dem die Steuer erhoben wird. Er liegt schon seit 2015 bei 495%. Nach den schwierigen Jahren, die durch den Weggang von Nokia und Opel geprägt waren, hat sich Bochum wirtschaftlich erholt. Viele Unternehmen haben sich neu in Bochum angesiedelt, etwa auf dem ehemaligen Opel-Gelände, heute bekannt unter dem Namen Mark 51°7. Der städtische Gewerbesteuerertrag hat sich in den letzten 10 Jahren ungefähr verdoppelt. Eine Erhöhung birgt immer das Risiko, dass Unternehmen andere Standortentscheidungen treffen.

Höhere Gewerbesteuererträge führen allerdings in der Systematik des umverteilungsorientierten Gemeindefinanzierungssystems in NRW in der Regel zu niedrigeren künftigen Schlüsselzuweisungen. Sie erhöhen die für den Finanzausgleich maßgebliche Steuerkraft der Stadt; dadurch verringert sich die Lücke zwischen ihrem berechneten Finanzbedarf und ihrer Finanzkraft.

8. Warum steigen die Kosten bei Soziales und Jugend so sehr?

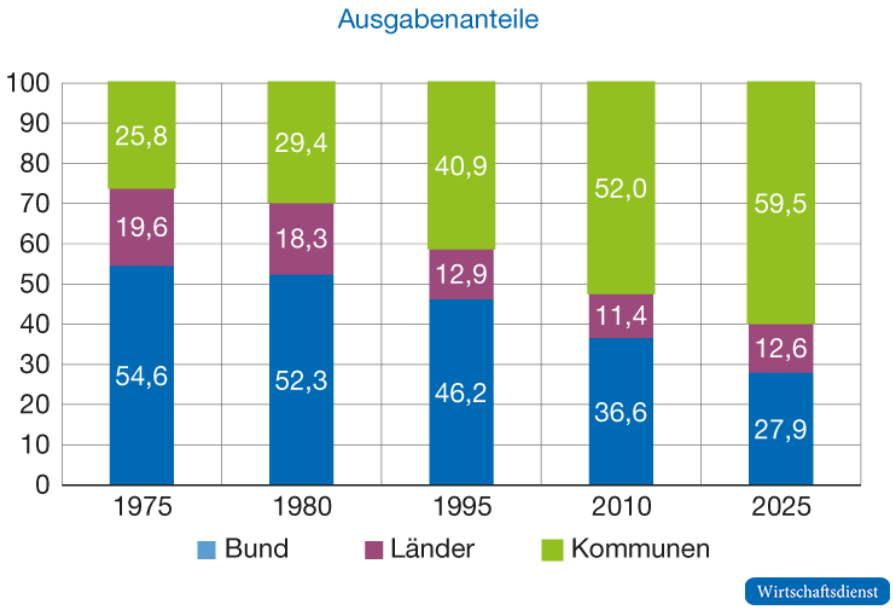
Hier könnte man ein ganzes Buch schreiben. Einige Daten verdeutlichen die Entwicklung:



Quelle: Grüne Landtagsfraktion

Sozialtransferausgaben* von Bund, Ländern und Kommunen

in % Ausgabenanteile



* Erfasst über die Ausgaben für Renten, Unterstützungen und Ähnliches

Quelle: Florian Boettcher, Christian von Kraack, in:
https://www.wirtschaftsdienst.eu/inhalt/jahr/2026/heft/6/beitrag/kommunalfinanzen-ohne-spielraum-entstehungsgeschichte-einer-haushaltskrise.html

Sehr anschaulich wird die allgemeine Entwicklung an dem Beispiel der Haushaltsposition „Hilfen zur Erziehung“. Dazu gab es in der WAZ am 06.11.2026 einen sehr erhellenden Beitrag:

Immer mehr Kinder und Jugendliche werden intensiv betreut

Mehr als 1000 Euro kann die Betreuung eines jungen Menschen kosten. Pro Tag. In Bochum wird die Hilfe zur Erziehung immer aufwändiger und teurer.

Andreas Rorowski

Bochum. 156,7 Millionen Euro stehen dem Jugendamt Bochum in diesem Jahr zur Verfügung. Viel Geld, das aber bei Weitem nicht ausreicht, um alle Aufgaben zu erfüllen, wie sich jetzt herausstellt. Zusätzliche 26,7 Millionen Euro muss die Stadt aufbringen und dafür weitere Schulden aufnehmen. Vor allem die Intensivbetreuung von Kindern und Jugendlichen im Rahmen der Hilfe zur Erziehung wird immer teurer – weil die Zahl der Fälle steigt und die Kosten der einzelnen Maßnahmen nach oben schießen.

Mehr als 1000 Euro kann eine solche Betreuung kosten – pro Tag und Kind, das heißt mehr als 30.000 Euro im Monat und mehr als 360.000 Euro im Jahr. Dabei geht es um Unterbringungskosten im Heim, um intensive sozialpädagogische Einzelbetreuung und um Eingliederungshilfen.

Und nicht nur die Kosten der einzelnen Maßnahmen explodieren geradezu. Auch steigt die Zahl der Fälle spürbar. 2023 gab es bereits 456 kostenintensive Fälle von Hilfen zur Erziehung, zwei Jahre später waren es schon 856.

Eine Entwicklung, die sich auch bei den besonders teuren Maßnahmen widerspiegelt. Im vergangenen Jahr hatte es bei Einzelmaßnahmen mit Kosten von monatlich mehr als 15.250 Euro erst 17 Fälle gegeben. In diesem Jahr sind es bereits 27 (Stand Ende Juli). Betreut werden die betroffenen Kinder und Jugendlichen von Bochumer Trägern oder von Trägern außerhalb der Stadt, manchmal auch außerhalb des Landes. „Wir bemühen uns immer um eine wohnortnahe Betreuung“, sagt Bochums Sozialdezernent Jens Vieting. „Manchmal macht Abstand Sinn. Aber das Ausland ist die Ausnahme. Im Moment ist das keine zweistellige Zahl.“



> Die Fälle werden komplexer und intensiver.
>
> **Sozialdezernent Jens Vieting**
> zum starken Anstieg der Kosten für die Hilfen zur Erziehung

23 Millionen Euro mehr als ursprünglich veranschlagt muss Bochum für die Hilfe zur Erziehung allein in diesem Jahr aufwenden. Mit einer weiteren Steigerung ist auch 2027 zu rechnen, es sei denn, der Gesetzgeber ändert die Voraussetzungen für einen Anspruch. „Und danach sieht es momentan aus“, so Vieting. „Was nicht heißt, dass es dann weniger Bedarf gibt.“

Jugendamt braucht mehr Geld

Die Aufwendungen im Bereich Soziales und Jugend steigen nicht nur bei der Hilfe zur Erziehung, sondern auch in anderen Bereichen. So etwa bei den Leistungen zur Bildung und Teilhabe. Die Zahl der Anträge auf Hilfen für Schulausflüge, Lernhilfen, Mittagsverpflegung, kulturelle Teilhabe, Schülerbeförderung und Schulbedarf ist von 7962 (2021) auf 21.713 im vergangenen Jahr gestiegen. 3,1 Millionen Euro mehr als ursprünglich geplant fallen dafür an.

Deutlich teurer ist auch die ambulante Eingliederungshilfe für Kinder (plus 7,9 Millionen Euro). Mit ihr soll gewährleistet werden, dass Kinder mit seelischen, geistigen und/oder körperlichen Handicaps gleichberechtigt am gesellschaftlichen und schulischen Leben teilnehmen können. Die Zahl der Betroffenen ist zwischen 2020 und 2025 um 14 Prozent auf 1483 gestiegen.

Um 34,2 Millionen Euro steigt insgesamt der Mehrbedarf des Jugendamts. 7,3 Millionen Euro werden an anderen Stellen eingespart.

Bochums Kämmerin spricht von einer „gruseligen Entwicklung“

Die rasant steigenden Kosten für die Hilfe zur Erziehung haben mehrere Ursachen: Seit 2024 wurde das Entgelt für die Träger der Maßnahmen um einen niedrigen zweistelligen Prozentsatz angehoben. „Die Fälle werden komplexer und intensiver“, so Vieting. Das heißt, bei stationären Fällen geht es um eine Betreuung rund um die Uhr durch mehrere Fachkräfte. Außerdem benötigten „immer mehr Familien in sozial und materiell prekären Lebenslagen häufiger und länger Unterstützung.“ Und: Die Städte müssen vorgegebene Standards erfüllen, „ohne eine ausreichende Gegenfinanzierung zu bekommen“.

Schon im vergangenen Jahr waren die Hilfen zur Erziehung um 20,4 Millionen Euro gestiegen. Längst bereitet dieser Etatposten der Kämmerin Kopfzerbrechen. „Die machen uns ja schon lange Sorgen. Das ist wirklich gruselig, wie sich das entwickelt“, so Eva Hubbert vor einem Jahr im Gespräch mit dieser Redaktion.

Die Kosten sind nicht abweisbar, wie es im Beamtendeutsch heißt. Wenn sie nicht vom Bund und/oder Land übernommen werden, dann muss die Stadt sie tragen.

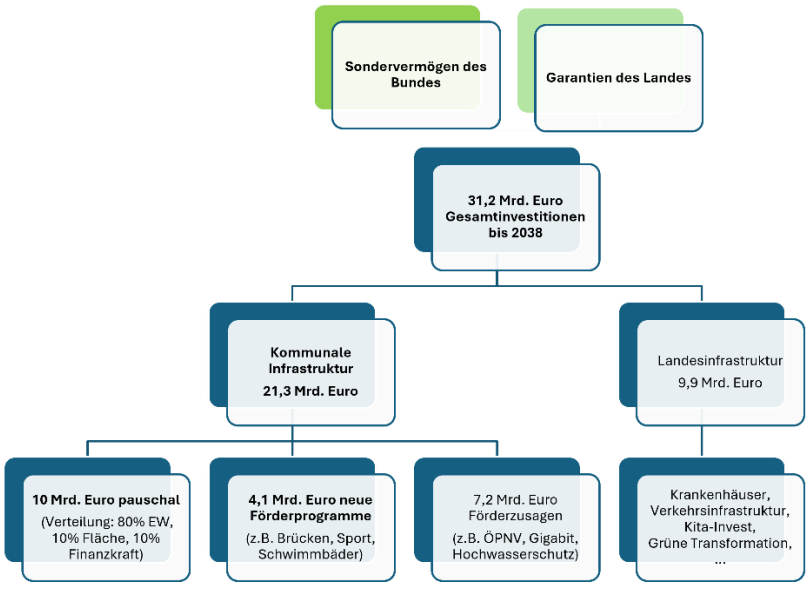
Quelle: WAZ vom 06.11.2026

.

9. Ist mit Hilfe von Bund und Land zu rechnen?

Ein gewisses Umdenken scheint stattgefunden zu haben:

- Die schwarz-grüne Landesregierung in NRW erhöht 2026 immerhin erstmals seit den 1980er Jahren den **Verbundsatz**. Das ist im Gemeindefinanzierungsgesetz (GFG) Nordrhein-Westfalen der prozentuale Anteil bestimmter Steuereinnahmen des Landes, den das Land den Städten, Gemeinden und Gemeindeverbänden im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs zur Verfügung stellt.
- Außerdem ist die Landesregierung mit der Übernahme von **Altschulden** in Vorleistung gegangen. Das Land Nordrhein-Westfalen übernimmt auf Grundlage des Altschuldenentlastungsgesetzes NRW (in Kraft getreten am 18. Juli 2025) rund 8,9 Milliarden Euro an kommunalen Liquiditätskrediten von 167 teilnehmenden Städten und Gemeinden in die Landesschuld. Der Ball liegt nun im Spielfeld des Bundes seinen Teil beizutragen.
- Am 25.06.2026 einigten sich die Innenministerkonferenz (IMK) und der Bund auf eine abgeschwächte **Konnexitätsregel** zwischen Bund und Kommunen: Bei neuen oder geänderten Leistungsgesetzen, die kommunale Mehrkosten von über 200 Mio. € jährlich verursachen, will der Bund diese Mehrkosten zu 80% ausgleichen. Der Ausgleich soll über eine Erhöhung des kommunalen Anteils an der Umsatzsteuer realisiert werden, die neue Regelung soll ab 01.09.2026 greifen. Leider bezieht sich diese Regel nicht auf Belastungen, die vor der Einführung des Gesetzes entstanden sind. Christian Schuchardt, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetags, erklärte dazu gegenüber der Zeitschrift Der Neue Kämmerer: "Hätten wir ein solches Gesetz schon vor zehn Jahren gehabt, wären die Kommunen gar nicht erst in diesem Umfang in die katastrophale Situation von heute geraten."
- Die Infrastrukturmittel aus dem Sondervermögen des Bundes werden zwar vom Land nicht zu 100% weitergegeben. Aber es kommt doch Geld in die kommunalen Kassen.



Quelle: Grüne Landtagsfraktion

Diese Maßnahmen sind erste Schritte, aber noch keine Lösung des Problems. Die kommunale Finanzkrise hat eine andere Größenordnung. Ein Ausweg, den die grüne Bundestagsfraktion vorschlägt, wäre die Besteuerung sehr hoher Einkommen, eine sogenannte 500-Millionen-Steuer. Karoline Otte MdB hat das in der Zeitschrift für Alternative Kommunalpolitik (AKP 5/2026) kürzlich dargestellt:

Kommunen brauchen die 500-Millionen-Steuer

Schluss mit leeren Kassen

> Karo Otte

Wir dürfen unsere Kommunen nicht länger kaputtsparen. Wenn kein Geld für Gestaltung übrigbleibt, wenn trotz Klimakrise die Buslinie gestrichen und trotz antidemokratischer Angriffe das Bürgerhaus nicht saniert wird, dann steht unsere Demokratie vor Ort auf dem Spiel.

Als Grüne haben wir einen Plan für unsere Kommunen. Wir wollen sofort Mittel in die Städte, Kreise und Gemeinden umverteilen, um das historische Defizit zu schließen, und wir präsentieren Vorschläge, um Sozialleistungen spürbar zu entbürokratisieren. So lassen sich etwa Schnittstellen und Nachweispflichten von Leistungsempfänger*innen gezielt reduzieren, sodass am Ende auch die Kommunen profitieren. Doch die Bundesregierung setzt plumpe Kürzungsvorschläge auf die Agenda. Statt gezielter Maßnahmen setzt sie den Rotstift an: Beim Wohngeld oder dem Unterhaltsvorschuss – in Krankenhäusern oder in Kitas. Die Vorhaben der Bundesregierung ignorieren, was ein Sozialarbeiter, eine Pflegerin oder Alleinerziehende täglich leisten. Hier müssen wir jetzt den Riegel vorschieben – im Bundesrat Widerstand leisten und echte Alternativen für unser Sozialsystem durchsetzen.

Und so wichtig kluge Lösungen vor Ort sind – Kommunen brauchen noch mehr für einen echten Befreiungsschlag. Dafür müssen wir mit einem hartnäckigen Märchen aufräumen, das die SPD und die Union nur allzu gern erzählen: Angeblich gäbe es kein Geld und der eingeschlagene Sparkurs sei damit alternativlos.

Doch als Grüne Bundestagsfraktion halten wir dagegen – jetzt auch mit der 500-Millionen-Euro-Steuer. Mit dieser nehmen wir nämlich die Extremvermögen in den Blick und sorgen für eine faire Beteiligung der größten Vermögen von jährlich grob zwei Prozent. Denn während unsere Kommunen seit 2020 in ein Defizit von unbekanntem Ausmaß geschlittert sind, hat sich das Gesamtvermögen der deutschen Milliardäre in diesem Zeitraum um mindestens 70 Prozent gesteigert! Hier setzt unsere Steuer an und schöpft einen Teil der Vermögenszuwächse ab.



Foto: Florian Semmler

Vor Ort wird sichtbar wie extreme Ungleichheit unsere Gesellschaft spaltet und unsere wirtschaftliche Basis zerstört. Ein Sanierungsstau bei Schulen und Energienetzen gefährdet unseren Wohlstand auf Jahrzehnte. Wirtschaftsexperten rechnen mit erheblichen Waschtumseinbußen durch das kommunale Defizit.

Deshalb ist die 500-Millionen-Steuer ein zentraler Teil einer echten Lösung für unsere Kommunen. Für ein ähnliches Konzept zeigt eine aktuelle Berechnung des Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft: Allein für eine Stadt wie Halle (Saale) würde eine solche Abgabe jährlich 68 Millionen Euro Einnahmen bedeuten. Damit sich wirklich etwas dreht für die Kommunen, braucht es Reformen und Vereinfachungen. Doch damit all die Lösungsansätze ausreichend sind, braucht es endlich eine gerechtere Steuerpolitik. Wir können nicht länger Extremvermögen und ihre Gewinne außen vor lassen, wenn es darum geht, unser Gemeinwesen zu finanzieren. Wir müssen umverteilen – besonders in die Kommunen. Es braucht jetzt eine 500-Millionen-Euro Steuer!

> Karoline Otte MdB ist seit 2021 Mitglied der Grünen Bundestagsfraktion und dort unter anderem für Kommunalpolitik zuständig.

Konkrete Forderungen grüner Fraktionen aus den Großstädten in NRW sind:

- Eine kurzfristige Anhebung der Verbundquote von 23 auf 25 Prozent mit der Perspektive einer weiteren Erhöhung auf 28 Prozent.
- Eine finanzielle Soforthilfe von Bund und Ländern sowie eine dauerhaft bedarfsgerechte kommunale Finanzausstattung.
- Eine konsequente Anwendung des Konnexitätsprinzips auch auf bestehende Aufgaben und Rechtsansprüche einschließlich eines dynamisierten Kostenausgleichs.
- Eine substanzielle Beteiligung des Landes an der Finanzierung der Eingliederungshilfe sowie eine bundesweite Neuordnung der Finanzierung kommunaler Sozialleistungen.
- Eine nachhaltige Altschuldenlösung, die durch strukturelle Maßnahmen das Entstehen neuer Schulden verhindert.
- Eine schrittweise Anhebung des Landesanteils an der Kulturfinanzierung mit dem Ziel einer paritätischen Finanzierung.
- Die Umsetzung des dritten beitragsfreien Kita-Jahres noch in dieser Legislaturperiode bei vollständigem Kostenausgleich durch das Land.
- Eine Reform der Förderpolitik zugunsten pauschaler Zuweisungen, geringerer kommunaler Eigenanteile und einer dauerhaft gesicherten Investitionsfähigkeit.

C. Weiterführende Infos:

Die Entwürfe für den Haushaltsplan und das HSK findet ihr auf der **Haushaltsseite der Stadt** Bochum: https://www.bochum.de/Amt-fuer-Finanzsteuerung/Dienstleistungen-und-Infos/Haushaltsplan

Unser **Antragspaket** zum Haushalt findet ihr hier:

https://gruene-bochum.de/wp-content/uploads/2026/11/Antragspaket-Haushalt-2027-SPD-CDU-GRUeNE.pdf

Wer Schwierigkeiten mit den vielen Fachbegriffen hat, findet hier ein gutes **Lexikon zur öffentlichen Haushalts- und Finanzwirtschaft**:
https://www.haushaltssteuerung.de/lexikon.html

Hrsg.:

Die Grünen im Rat der Stadt Bochum

Willy-Brandt-Platz 2-6

44787 Bochum

0234/910-1893

grueneimrat@bochum.de